

Press release
Kiel, 27.04.2000

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Antwort der Regierung zum Erhalt des Hauptzollamtes Flensburg unzureichend

In einer gemeinsamen Presseerklärung nahmen die Vorsitzende des SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, und die Flensburger SSW-Abgeordnete Silke Hinrichsen Stellung zu der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des SSW zur Zukunft des Hauptzollamtes in Flensburg (Drs. 15/33 - siehe Anlage):

"Sollten sich die Überlegungen des Bundes, das Hauptzollamt in Flensburg zu schließen und die Aufgaben an andere Hauptzollämter abzugeben als richtig erweisen, wäre das ein weiterer Rückschritt für die Stadt Flensburg und die ganze Region. Gerade auch die vielen Exportunternehmen in unserer Region und die IHK Flensburg haben auf die besondere Bedeutung eines Zollamtes vor Ort für die Wirtschaft hingewiesen. Dazu geht es natürlich auch um Arbeitsplätze für Flensburg. Deshalb ist die Antwort der Landesregierung auf unsere Frage, was die Landesregierung unternimmt, um den Abzug einer weiteren Bundesbehörde aus Flensburg zu vermeiden, für den SSW unzureichend."

In ihrer Antwort hatte die Landesregierung darauf hingewiesen, dass die Hauptzollämter als Verwaltungseinheiten der Zollverwaltung in der ausschließlichen Kompetenz des Bundes seien und die Landesregierung somit nur indirekt auf die Bundesregierung Einfluss nehmen könne.

"Dies ist dem SSW zuwenig. Wenn man bedenkt, dass auch in Berlin eine rot-grüne Regierung das Sagen hat, müssen wir von der rot-grünen Landesregierung einen größeren Einsatz zum Erhalt des Hauptzollamtes in Flensburg fordern. Der SSW beantragt deshalb, dass das Thema auf einer der nächsten Sitzungen des Finanzausschusses im Beisein von Vertretern des zuständigen Ministeriums beraten wird. Wir wollen gemeinsam mit den anderen Fraktionen des Landtages und der Landesregierung ausloten, wie wir den Abzug einer weiteren Bundesbehörde aus dem Landesteil Schleswig verhindern können," so Spoorendonk und Hinrichsen.